

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 14/7027 –**

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Postumwandlungsgesetzes

A. Problem

Im Zusammenhang mit der Postreform II ist die Deutsche Bundespost POSTDIENST in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Mit der Gründung wurde der Bund Eigentümer der gesamten Aktien der Deutschen Post AG. Die Einzelheiten der Umwandlung der Unternehmen der Deutschen Bundespost in Aktiengesellschaften sind im Postumwandlungsgesetz geregelt.

Durch das Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294) sind die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen worden, über Wettbewerb den Zugang von Wirtschaft und Verbrauchern zu einer flächendeckenden Versorgung mit kundengerechten Postdienstleistungen zu gewährleisten. Damit sind nach Ansicht der Bundesregierung keine Gründe für eine weitere Kapitalmehrheit des Bundes bei der Deutschen Post AG ersichtlich. Der Bund beabsichtigt daher, seine Anteile an dem Unternehmen im Laufe der Zeit zu verkaufen.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 14/7027.

Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 14/7027.

D. Kosten

Durch die Bestimmungen des Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für den Bundeshaushalt. Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

Die mit dem Verkauf der Aktien für den Bund entstehenden Kosten sind im Verhältnis zum Verkaufserlös unbedeutend.

Die aus dem Verkauf der Aktien erzielten Einnahmen werden nach den Vorschriften des Bundesanstalt Post-Gesetzes vorrangig für die Unterstützungskasse verwendet.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 14/7027 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Haushaltsausschuss

Adolf Roth (Gießen)
Vorsitzender

Hans Jochen Henke
Berichterstatter

Hans Georg Wagner
Berichterstatter

Oswald Metzger
Berichterstatter

Dr. Günter Rexrodt
Berichterstatter

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans Jochen Henke, Hans Georg Wagner, Oswald Metzger, Dr. Günter Rexrodt und Dr. Uwe-Jens Rössel

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 195. Sitzung am 18. Oktober 2001 den o. g. Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 14/7027 – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Postumwandlungsgesetzes – zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit diesem Gesetz sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Bund die Kapitalmehrheit am Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost POSTDIENST, der Deutschen Post AG, aufgeben kann.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 14/7027 in seiner 103. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Vorlage anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 115. Sitzung am 14. November 2001 bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, auf eine Mitberatung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 14/7027 zu verzichten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 68. Sitzung am 14. November 2001 beschlossen, die Beratung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 14/7027 zu vertagen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 90. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der PDS dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 14/7027 – anzunehmen.

Berlin, den 14. November 2001

Hans Jochen Henke
Berichtersteller

Hans Georg Wagner
Berichtersteller

Oswald Metzger
Berichtersteller

Dr. Günter Rexrodt
Berichtersteller

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichtersteller

